

Dokumentation : zu US-Geopolitik , Terrorrisiko und Staat

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **21 (2001)**

Heft 41

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Aus: Armin Wertz, Osama bin Laden. Der Zauberberlehrerling – Vom Freiheitskämpfer zum vermeintlichen Top-Terroristen. In: Freitag, Nr. 39, 21. Sept. 2001

(...) Auch die CIA besass spätestens seit Mitte der neunziger Jahre ein Dossier über Osama bin Laden. Doch in jenen Jahren war Washington völlig gefangen von den Entwicklungen im auseinanderbrechenden Ostblock und ignorierte Afghanistan weitgehend.

Erst der Wettlauf internationaler Ölgesellschaften um die bislang unerschlossenen Öl- und Gasreserven in der kaspischen Region weckte erneut Washingtons Interesse an Zentralasien. Zwischen 1994 und 1998 unterzeichneten nicht weniger als 24 Ölgesellschaften 13 Verträge in Kasachstan, Turkmenistan, Aserbeidschan oder Usbekistan. Die verbissenen Kämpfe amerikanischer Konsortien in den Vorzimmern und Büros der Präsidenten und Diktatoren der neuen, unabhängigen Republiken um Bohrgenehmigungen und Verträge zum Bau lukrativer Pipelines sowie die divergierenden Interessen Amerikas, Russlands, Chinas und nicht zuletzt der Türkei entfachten ein neues „Great Game“-vergleichbar jenem „Great Game“ des 19. Jahrhunderts, als Russland und Grossbritannien um die Kontrolle und Vorherrschaft in Zentralasien, besonders in Afghanistan, rangen. Die Entwicklung zweier antagonistischer Blöcke war unübersehbar: auf der einen Seite Usbekistan, Turkmenistan, Aserbeidschan und die USA mit ihren Verbündeten Saudi-Arabien, Israel, Türkei sowie Pakistan; auf der anderen Seite Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan sowie Russland.

Die naheliegende und kostengünstig-

ste Ölleitung durch Iran kam für die USA nicht in Frage. Immer noch sah Washington in den Teheraner Mullahs die grössten Feinde. Also unterstützte Washington mit allen verfügbaren Mitteln die Pläne der amerikanischen Ölgesellschaft *Unocal*, eine Pipeline von den Ölfeldern Turkmenistans durch Afghanistan an die Küste Pakistans zu bauen. Im Oktober 1995 schliesslich unterzeichnete *Unocal* gemeinsam mit seinem saudischen Partner *Delta Oil* und Turkmenistans Präsident Saparmurad Niyazov (der Ex-Aussenminister Alexander Haig als Berater angeheuert hatte) in New York den Vertrag zum Bau der Pipeline, an dem auch die russische *Gazprom* beteiligt werden sollte. (...)

Die Vereinigten Staaten könnten „nichts Anstössiges“ an der Einführung der Scharia, des islamischen Rechts, finden, erklärte seinerzeit der Sprecher des State Departments, Glyn Davies. „Die äussere Einmischung in Afghanistan ist nun eng mit dem Kampf um Öl und Pipelines verknüpft. Es ist zu befürchten, dass diese Firmen und Mächte die Taliban nur für ihre eigenen Absichten benutzen“, kritisierte der UN-Sekretär für Menschenrechtsfragen Yasushi Akashi. In diesem Spiel mit hohem Einsatz und weltpolitischen Implikationen wurde die potentielle Gefahr, die bin Laden darstellte, nahezu völlig ignoriert. Zudem schützten ihn seine engen Verbindungen zu einem der wichtigsten US-Verbündeten im neuen Great Game, zu Pakistans militärischem Geheimdienst ISI.

Unter dem Eindruck, dass weder Pakistan noch die Taliban die Kampfhandlungen in absehbarer Zeit been-

den und das Land endlich einen könnten sowie aufgrund wachsenden Drucks amerikanischer Frauenorganisationen, die angesichts der inhumanen Behandlung von Frauen durch die Taliban von ihrer Regierung eine Revision der Afghanistan-Politik verlangten, kündigte Washington 1997 eine Kehrtwende an: Man habe keine Einwände gegen eine Ölleitung von Turkmenistan durch Iran in die Türkei. Zudem drängten inzwischen andere US-Ölfirmen die Clinton-Administration, die Sanktionen gegen Iran zu lockern, wo sich europäische und asiatische Ölförderer schon einen harten Konkurrenzkampf lieferten.

Damit war dieser Teil des Great Game vorüber. Über Jahre blieb Washingtons Afghanistan-Politik nur Stückwerk ohne jede strategische Visi-

on. Von 1994 bis 1996 unterstützte man die Taliban als anti-iranisch, anti-schiitisch, anti-russisch und pro-westlich. Von 1995 bis 1997 war es der rein wirtschaftliche Aspekt, *Unocal* zu einem Grossauftrag zu verhelfen. Die Kehrtwende 1997 schliesslich war innenpolitisch motiviert. Clinton hatte seine Wahlsiege nicht zuletzt den Frauen zu verdanken. Der sanfte Umgang mit den Taliban war unmöglich geworden. Mit der gleichen Energie, mit der Washington die Gotteskrieger bedingungslos hofiert hatte, wandte es sich nun gegen sie. Man verhängte Sanktionen gegen die plötzlich „verabscheuungswürdigen“ Taliban. Und nach den Attentaten in Kenia und Tansania wurde die Ergreifung Osama bin Ladens zum vorrangigen Ziel amerikanischer Aussenpolitik. (...)

Aus: Mohssen Massarrat, Über Jahrzehnte aufgestauter Hass. In: Freitag, Nr.40, 28. Sept. 2001

(...) Seit einem halben Jahrhundert verfolgen die USA im Nahen und Mittleren Osten eine Politik der Destabilisierung und Konflikteskalation mit „kalkulierbarem Risiko“ (*Low intensity war*). Deren entscheidende Elemente sind der Israel-Palästina-Konflikt, aber auch die Protektion korrupter und diktatorischer Regimes. Es gibt kein einziges Beispiel dafür, dass die Amerikaner demokratische Entwicklungen in der Region unterstützt hätten- im Gegenteil. Sie haben 1953 die demokratisch gewählte Regierung Mossadegh im Iran mit Hilfe von CIA und Pentagon gestürzt, den Schah an die Macht zurückgeholt und dessen Regime zu einer regionalen Supermacht hochgerüstet. Dadurch wurde einerseits ein gigantischer Rüstungswettlauf am Persischen Golf entfesselt, andererseits der

islamische Fundamentalismus im Iran gestärkt und so indirekt der islamischen Revolution der Weg bereitet. (...)

Islamische Fundamentalisten im Iran, der Panarabist Saddam Hussein, nicht zu vergessen das Taleban-Regime in Afghanistan, aber auch die islamistische Strömung um Osama bin Laden- all das sind Produkte der amerikanischen Konflikt- und Eskalationspolitik im Nahen und Mittleren Osten. Alle diese Phänomene haben die Demokratisierung in der Region um Jahrzehnte zurückgeworfen und den Völkern beträchtlichen Schaden zugefügt, den kurzfristigen amerikanischen Interessen jedoch nicht geschadet.

Nun hat sich durch die Anschläge vom 11. September das Konzept einer Destabilisierungsstrategie mit „kalkulierbarem Risiko“ als Bumerang erwiesen. Die auf stringenten und ökonomischen geostrategischen Interessen basierende Politik der USA und des

Westens wird durch den globalisierten Terrorismus eingeholt. Wie die drohende Klimakatastrophe als Reaktion der Natur auf ein kurzsichtiges ökonomisches Handeln der reichen Eliten in den Industrie- und Entwicklungsländern gesehen werden muss, ist der globalisierte Terrorismus die politische Reaktion auf die Art und Weise der Aufrechterhaltung und Absicherung des Systems. Insofern tragen alle westlichen Staaten- allen voran die USA- eine beträchtliche Mitverantwortung für das Inferno in New York und Washington. (...)

In der islamischen wie in der gesamten Dritten Welt vollziehen sich gegenwärtig eine historisch längst fällige Transformation und Industrialisierung. Das führt zu tiefen sozialen Brüchen, Entfremdung, Entwurzelung und individuellen Identitätskrisen, noch verstärkt durch den Globalisierungsdruck. Die nachhaltigste Form der soziokulturellen und sozial-psychologischen Aufarbeitung dieses konflikträchtigen Prozesses, der in Europa über zwei Jahrhunderte dauerte, sind Demokratisierung und Selbstbestimmung. Durch Einmischung, Intervention und Unterstützung korrupter und diktatorischer Regimes sowie Aufpfropfen seiner Industrialisierungsmuster hat der Westen- allen voran die USA- dazu beige-

tragen, dass diese Aufarbeitung unterbrochen und verzerrt wurde oder überhaupt nicht stattfand. Die grosse Masse der Entwurzelten empfindet so die entstandene Identitätskrise als fremdgesteuerten Angriff auf eigene kulturelle Werte. Sie ist daher prädestiniert, Feindbildern zu folgen, ihr Heil in nationalistischen wie fundamentalistischen Perspektiven zu suchen und gleichzeitig den Westen für das eigene Leid verantwortlich zu machen. (...)

Die Vorstellung der USA-Administration und einiger NATO-Regierungen, den internationalen Terrorismus mit militärischen Mitteln auszumerzen, ist völkerrechtswidrig, entspricht einer Logik der Lynchjustiz und verletzt alle rechtsstaatlichen Normen. Sie ist in der Sache absurd und erfüllt im Wesentlichen den Zweck, von eigener Mitverantwortung für den Terrorismus abzulenken. Wer dennoch auf die militärische Karte setzt, wird die globalen Instabilitäten und Ungleichheiten verschärfen und neue Generationen von Terroristen erzeugen. Andererseits rechtfertigen die objektiven Ursachen des Terrorismus weder moralisch, noch politisch, noch rechtlich terroristisches Handeln. Daher müssten die Verantwortlichen für den Angriff auf die USA ohne Wenn und Aber von einem internationalen Gericht abgeurteilt werden.

Aus: Ulrich Beck, Der kosmopolitische Staat. Der Spiegel, 42/2001

(...) Der Terroranschlag stärkt den Staat, entwertet, entthront jedoch zwei bislang regierende Ideen: den *Nationalstaat* und den *neoliberalen Staat*. Neoliberalismus und die Idee des freien Marktes gelten als Schlüssel für die Zukunft. Sie haben in den vergangenen

zwei Jahrzehnten eine hegemoniale Macht entfaltet. Sicher ist es verfrüht, vom Ende des Neoliberalismus zu reden. Aber doch gibt das globale Terrorrisiko einen Vorgeschmack auf die Konflikte, in welche die Globalisierung die Welt stürzt. (...)

Der einzige Weg angesichts des drohenden globalen Terrors (aber auch der Klimakatastrophe, der Migration, der

Gifte in Lebensmitteln, des organisierten Verbrechens) zur nationalen Sicherheit ist die transnationale Kooperation. Es gilt der paradoxe Grundsatz: Staaten müssen sich aus nationalem Interesse *denationalisieren* und *transnationalisieren*, also die Souveränität preisgeben, um in der globalisierten Welt ihre nationalen Probleme zu bewältigen. (...)

Die globale terroristische Bedrohung eröffnet eine neue Ära transnationaler und multilateraler Kooperation. Sie führt gerade nicht zu einer Renaissance des Nationalstaates, sondern zu der Entdeckung und Entfaltung dessen, was ich *kooperative Transnationalstaaten* nenne. Der nationale Blick wird zum Hindernis für die transnationale Erfindung des Politischen und der Staatlichkeit im Zeitalter der Globalisierung. Dies wird jetzt erfahren und ausbuchstabiert an den plötzlich geopolitischen Fragen der entgrenzten „inneren Sicherheit“ von Ex-Nationalstaaten und kann übertragen werden auf Fragen der drohenden Klimakatastrophe, der globalen Armut, der Menschenrechte.

Zwei Idealtypen transnationaler Staatenkooperation zeichnen sich ab: *transnationale Überwachungsstaaten* und *kosmopolitische Staaten*. Überwachungsstaaten drohen mit der neuen Kooperationsmacht zu Festungsstaaten ausgebaut zu werden, in denen Sicherheit und Militär gross und Freiheit und Demokratie klein geschrieben werden. (...) Dieser Versuch, eine abendländische Zitadelle zu konstruieren, ist allgegenwärtig und wird in den kommenden Jahren sicherlich zunehmen: Für die Globalisierungsgewinner ist der Neoliberalismus zuständig, für die Globalisierungsverlierer bleiben Terrorismus- und Fremdenängste – und in dozierten Gaben das Gift des Rassismus.

Demgegenüber wird es in Zukunft

wesentlich darauf ankommen, die Frage zu stellen, *wofür* streitet ihr, streiten wir, wenn es darum geht, den transnationalen Terrorismus zu bekämpfen? Die Antworten bietet ein kosmopolitisches Staatensystem, das auf der Anerkennung der Andersheit der Anderen beruht. (...)

Kosmopolitische Staaten kämpfen nicht nur gegen den Terror, sondern auch gegen die *Ursachen* des Terrors in der Welt. Sie gewinnen und erneuern die Gestaltungs- und Überzeugungskraft des Politischen aus der Lösung globaler Probleme, die im nationalen Alleingang unlösbar erscheinen.

Kosmopolitische Staaten sind auf dem Prinzip der nationalen Indifferenz des Staates gegründet. Ähnlich wie in der Gestalt des Westfälischen Friedens die sakralen Bürgerkriege des 17. Jahrhunderts durch die Trennung von Staat und Religion beendet wurden, könnten- das ist die These- die nationalen Welt(bürger)kriege des 20. Jahrhunderts mit einer Trennung von Staat und Nation beantwortet werden. Ähnlich wie der areligiöse Staat die Ausübung verschiedener Religionen überhaupt erst ermöglicht, müssten kosmopolitische Staaten das Nebeneinander der nationalen und religiösen Identitäten durch das Prinzip der konstitutionellen Toleranz gewährleisten.

Man könnte und müsste das Experiment des politischen Europa in diesem Sinne als ein Experiment der kosmopolitischen Staatenbildung neu denken. Ein kosmopolitisches Europa, das seine politische Kraft gerade aus der weltoffenen Bekämpfung des Terrorismus, aber auch aus der Bejahung und Zähmung der europäischen Nationenvielfalt einschliesslich ihrer lebenswerten Bornierungen schöpft- das könnte eine durchaus realistische Utopie sein oder werden.